

Nachrichten aus Brüssel

Bulgarien führt Ratsvorsitz

Am 1. Januar hat Bulgarien für ein halbes Jahr den Ratsvorsitz in der Europäischen Union übernommen. Es ist das erste Mal seit dem EU-Beitritt im Jahr 2007, dass das osteuropäische Land die Ratspräsidentschaft innehat. Wegen des Brexits starten die Bulgaren ein halbes Jahr früher als geplant. Als Titel der Ratspräsidentschaft haben sie ihr nationales Motto „Einigkeit macht stark“ gewählt. Zu den politischen Schwerpunkten des Landes gehören die wirtschaftliche und soziale Annäherung der EU-Mitgliedsstaaten sowie der Zusammenhalt innerhalb der EU, die künftige Anbindung der Westbalkanländer an die EU sowie die digitale Wirtschaft und Geschäftsmodelle der Zukunft. Auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik ist das Thema „Gesunde Ernährung für Kinder“ von zentraler Bedeutung für die Osteuropäer. Ferner strebt die bulgarische Ratspräsidentschaft eine vertiefte Debatte über das Thema Arzneimittel an, um so künftig Versorgungsengpässe und die Verknappung von Arzneimitteln aus wirtschaftlichen Gründen besser zu bekämpfen. Schließlich soll im Rat – nicht zuletzt auf Wunsch der Berufsverbände – eine Diskussion über das heikle Thema „Normierung von Gesundheitsdienstleistungen“ durch das privatrechtlich organisierte Europäische Normungskomitee CEN stattfinden.

Gesundheit kein Thema?

Ende 2017 hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für das laufende Jahr und die Zeit bis zum Ende des Mandats von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Mitte 2019 vorgestellt. Unter dem Titel „Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa“ werden insgesamt 26 neue Initiativen in Aussicht gestellt. Dabei handelt es sich sowohl um Gesetzgebungsvorhaben, die noch vor der Europawahl im Frühjahr 2019 abgeschlossen werden sollen, als auch um langfristige Initiativen, um die Zukunft der Europäischen Union bis 2025 zu gestalten. Wie in den letzten Jahren setzt auch das neue

Arbeitsprogramm auf bekannte Schwerpunkte: So soll das Wirtschaftswachstum gefördert und der Umgang mit der zunehmenden Digitalisierung besser vorangetrieben werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Debatte um die Zukunft Europas. Bei letzterem Punkt geht es vor allem um den Umgang mit den Folgen des Austritts Großbritanniens aus der EU. Aus dem Politikbereich Gesundheit finden sich im Arbeitsprogramm nur sehr wenige Initiativen. So soll ein gemeinsamer europäischer Aktionsplan für Impfstrategien entwickelt werden, mit dem die EU-Mitgliedsstaaten bei der Durchführung nationaler Impfprogramme, bei Aufklärungskampagnen zur Verringerung der Impfskepsis und bei Maßnahmen zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Impfstoffen unterstützt werden sollen.

Nach Brexit 73 Sitze weniger

Wenn Großbritannien in einem Jahr die EU verlassen wird, dann werden im Europäischen Parlament auf einen Schlag 73 Sitze frei. Das sind fast zehn Prozent der 751 Europaabgeordneten. Vor diesem Hintergrund hat eine intensive Diskussion über den Umgang mit den frei werdenden Plätzen begonnen. Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen schlug eine ungewöhnliche Lösung vor: Analog zur Zahl der 27 Mitgliedsstaaten sollten aus dem Kontingent der Briten 27 Sitze an Listenkandidaten vergeben werden, die in ganz Europa zur Wahl stehen. Die restlichen Plätze sollten unbesetzt bleiben. Eine europäische Liste wäre eine Neuerung. Derzeit können nur Personen und Parteien aus dem eigenen Land gewählt werden. Der Vorstoß fand jedoch keine Mehrheit. Kritiker befürchteten, dass europaweite Listen zu einer Entfremdung zwischen Abgeordneten und Wählern führen könnten. Das EU-Parlament votierte daher für eine Verkleinerung um 46 auf 705 Sitze. Die verbleibenden 27 Sitze sollen an die 14 EU-Mitgliedsstaaten gehen, die derzeit unterrepräsentiert sind. Das letzte Wort haben die Staats- und Regierungschefs, die in Kürze eine Vorentscheidung treffen werden.